



84906/3

Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Unter der Firma

Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft

ist eine Gesellschaft gegründet, welche ihren Sitz in Breslau hat und Zweigniederlassungen, Kommanditen und Agenturen im Inlande errichten darf.

§ 2.

Den Zweck der Gesellschaft bildet:

- a. der Betrieb von Geschäften, deren Gegenstand der Kauf, Verkauf, die Bebauung und Beleihung von Grundstücken und anderen Immobilien ist,
- b. die Uebernahme der Anlage neuer Straßen, Plätze, Promenaden und Stadttheile,
- c. die Uebernahme von Bauwerken, welche sich bei der Anlage neuer Straßen, Plätze, Promenaden und Stadttheile als nothwendig und nützlich zeigen, namentlich die Anlage von Kanälen, Wasser- und Gasleitungen, Brunnen und Beleuchtungen, von Pflasterung, Chaussirung und Bepflanzung von Straßen und Plätzen,
- d. die Ertheilung von Vorschüssen an die Unternehmer solcher Anlagen, wie sub c angegeben,
- e. der Erwerb und die Herstellung von Baumaterial jeder Art, der Erwerb und Betrieb von Anstalten zur Herstellung von Baumaterial.

Die Gesellschaft ist auch berechtigt, sich bei Unternehmungen der unter a—d geschilderten Art, wenn dieselben von anderen

Personen oder Gesellschaften oder Korporationen ausgehen, zu betheiligen, oder zu solchen Unternehmungen besondere Gesellschaften zu bilden, sich bei anderen Gesellschaften, welche gleiche Zwecke, wie die Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft verfolgen, zu betheiligen und ihre disponiblen Kassenbestände vorübergehend durch Diskontirung von Wechseln oder durch Lombardgeschäfte oder in Effekten zinsbar anzulegen.

§ 3.

Die Aktiengesellschaft ist in ihrer Zeitdauer unbeschränkt.

§ 4.

Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch einmalige Einrückung in den Deutschen Reichsanzeiger, sofern die gesetzlichen Vorschriften nicht für bestimmte Fälle eine mehr als einmalige Bekanntmachung erfordern.

Außerdem werden dieselben

- a. in der Schlesischen Zeitung,
- b. in der Breslauer Zeitung,
- c. in der Breslauer Morgenzeitung,
- d. in der Berliner Börsenzeitung,
- e. in dem Berliner Börsencourier

veröffentlicht, ohne daß jedoch die Gültigkeit der Bekanntmachung davon abhängig sein soll.

Die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, ist:

Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft.

Titel II.

Grundkapital, Aktien und Aktionäre.

§ 5.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Eine Million Zweihunderttausend Thaler oder Drei Millionen Sechshunderttausend Mark und ist in Sechstausend Aktien je von Zweihundert Thalern oder Sechshundert Mark eingetheilt.

Dieses Grundkapital kann nur durch Beschluß der Generalversammlung erhöht werden.

Die Ausgabe neuer Aktien zu einem höheren Betrage als dem Nennwerthe ist zulässig.

§ 6.

Bei jeder Emission von neuen Aktien sind die ersten Aktienzeichner resp. deren Rechtsnachfolger nach Verhältniß ihrer Zeichnungen die eine Hälfte der zu emittirenden Aktien *al pari* zu übernehmen berechtigt.

Das eingeräumte Vorrecht zur Uebernahme der Aktien muß binnen einer vom Aufsichtsrathe auf mindestens sechs Wochen zu bestimmenden und in den Gesellschaftsblättern gehörig zu publicirenden Präklusivfrist ausgeübt werden, widrigenfalls dasselbe erlischt.

Bei etwaigen Theilberechtigungen setzt der Aufsichtsrath den Ausgleichungsmodus fest.

§ 7.

Die Ausschreibung der Einzahlungen auf die Aktien erfolgt durch den Vorstand auf Grund eines Beschlusses des Aufsichtsraths mittelst Aufforderung in den Gesellschaftsblättern.

Ueber die erste Ratenzahlung werden auf den Namen lautende Interimsscheine ausgestellt, auf welchen die ferneren Einzahlungen von dem zum Empfange des Geldes Beauftragten bescheinigt werden.

Wo in diesem Statute von Aktien die Rede ist, treten die Interimsscheine an deren Stelle, bis die Aktien ausgegeben sind.

§ 8.

Auf Theilzahlungen entfallende Dividenden gelangen gegen Vorlegung der Interimsscheine unter Abstempelung derselben zur Auszahlung.

§ 9.

Für die am Verfalltage nicht geleisteten Einzahlungen sind der Gesellschaft sechsprocentige Verzugszinsen nebst einer Konventionalstrafe von 10 Procent des fälligen Betrages zu vergüten.

Im Falle verzögerter Einzahlung kommen im Uebrigen die gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

§ 10.

Nach erfolgter Vollenzahlung des Nominalbetrages werden die Interimscheine eingezogen und die Aktien der Gesellschaft, die auf Inhaber lauten, unter fortlaufenden Nummern ausgefertigt. Diesen Aktien, welche mit dem Faksimile eines Mitgliedes des Vorstandes und eines Mitgliedes des Aufsichtsraths zu versehen sind, werden Dividendenscheine für 10 Jahre und Talons zur Empfangnahme einer weiteren Serie von Dividendenscheinen nebst Talons beigegeben.

§ 11.

An Stelle von Aktien und Interimscheinen, welche beschädigt oder unbrauchbar geworden, jedoch in ihren wesentlichen Theilen noch dergestalt erhalten sind, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, kann der Vorstand mit Genehmigung des Aufsichtsraths gegen Einreichung der beschädigten Papiere auf Kosten des Eigenthümers neue gleichartige Stücke ausfertigen und ausreichen.

Außer diesem Fall ist die Ausfertigung und Ausreichung neuer Aktien und Interimscheine an Stelle beschädigter oder verloren gegangener nur nach deren gerichtlicher Amortisation zulässig. Dividendenscheine werden nicht amortisirt; sie sind, wenn sie nicht drei Jahre nach ihrer Fälligkeit erhoben werden, werthlos und die betreffenden Dividenden verfallen der Gesellschaft, was in den Dividendenscheinen zu vermerken ist. Auch findet keine Amortisation von Talons statt.

Neue Dividendenscheine dürfen an den Inhaber des Talons nicht ausgegeben werden, wenn der Besitzer der Aktie der Ausgabe widersprochen hat. Die Scheine sind in diesem Falle dem Besitzer der Aktie auszuhändigen, wenn er die Haupturkunde vorlegt.

Titel III.

Vorstand.

§ 12.

Den Vorstand der Gesellschaft bildet eine aus einer Person oder nach dem Ermessen des Aufsichtsraths aus mehreren Personen bestehende Direktion.

Ueber die Art der Zusammensetzung des Vorstandes und die Zahl der Vorstandsmitglieder entscheidet der Aufsichtsrath.

§ 13.

Ueber die Ernennung der Mitglieder des Vorstandes wird ein notarieller Akt aufgenommen. Der Aufsichtsrath ist berechtigt, den Direktoren ein festes Gehalt und außerdem, sowie den übrigen Gesellschaftsangestellten Tantiemen bis zum Gesamtbetrage von 6 Procent des Reingewinns nach Maßgabe des § 36 zu bewilligen.

§ 14.

Jedes Mitglied des Vorstandes hat 10 Aktien mit den dazu gehörigen Dividendenscheinen und Talons zu deponiren, sofern der Aufsichtsrath das Mitglied nicht von dieser Kautionspflicht entbindet.

Diese Aktien dienen als Kaution für die aus der Geschäftsführung erwachsenden Verbindlichkeiten gegen die Gesellschaft und bleiben zu diesem Zwecke auch nach Ausscheiden des betreffenden Vorstandsmitgliedes bis zur Erledigung der auf seine Geschäftsführung bezüglichen Rechnungen deponirt.

§ 15.

Der Vorstand vertritt die Gesellschaft nach Außen. Er giebt mit verbindlicher Kraft für die Gesellschaft seine Willenserklärung kund und zeichnet für die Gesellschaft dergestalt, daß der Firma der Gesellschaft beigelegt wird die Unterschrift

- a. wenn der Vorstand nur aus einem Mitgliede besteht, dieses Vorstandsmitgliedes,
- b. zweier Vorstandsmitglieder, wenn der Vorstand aus zwei oder mehreren Personen besteht,
- c. in beiden Fällen, ad a und b, zweier vom Aufsichtsrathe notariell oder gerichtlich zur Unterzeichnung der Firma per procura ermächtigten Gesellschaftsbeamten, welche ihrer Unterschrift einen die Procura andeutenden Zusatz beizufügen haben,
- d. im Falle ad b eines Vorstandsmitgliedes und eines vom Aufsichtsrathe notariell oder gerichtlich zur Unterzeichnung

der Firma per procura ermächtigten Gesellschaftsbeamten, welcher seiner Unterschrift einen die Procura andeutenden Zusatz beizufügen hat.

§ 16.

Dem Aufsichtsrathe bleibt es vorbehalten, die Geschäftsführung dem Vorstande gegenüber durch Instruktion zu regeln.

Titel IV.

Aufsichtsrath.

§ 17.

Der Aufsichtsrath besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern, welche von der Generalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt werden.

Die Wahl erfolgt in der Regel auf vier Geschäftsjahre und zwar bis zur Beendigung derjenigen Generalversammlung, welche über die Bilanz dieses vierten Geschäftsjahres beschließt.

Alljährlich scheidet der dritte Theil der Mitglieder des Aufsichtsraths aus und wird durch Neuwahl ersetzt.

Ist die Zahl der Aufsichtsraths-Mitglieder nicht durch drei theilbar, so ist der untheilbare Rest dem in dem jedesmal folgenden Geschäftsjahre ausscheidenden Drittel zuzurechnen. Bis die Reihe im Austritt sich gebildet hat, entscheidet darüber das Loos. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Scheidet in der Zwischenzeit aus irgend einem Grunde ein Mitglied aus, so bleibt der Aufsichtsrath beschlußfähig und es kann die Ersatzwahl bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung ausgesetzt werden, falls der Aufsichtsrath noch aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Die nächste ordentliche Generalversammlung hat über die Wiederbesetzung der frei gewordenen Stelle zu beschließen und eventuell die Ersatzwahl für die Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitgliedes zu treffen.

Jede Aenderung in den Personen der Mitglieder des Aufsichtsraths ist von dem Vorstande unverzüglich in den Gesellschaftsblättern bekannt zu machen und diese Bekanntmachung zum Handelsregister einzureichen.

Die Willenserklärungen und Bekanntmachungen des Aufsichtsraths sind mit den Worten:

Der Aufsichtsrath der Schlesischen Immobilien-Aktien-Gesellschaft

unter Beifügung des Namens des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters oder eines anderen Mitgliedes des Aufsichtsraths zu unterzeichnen.

Die Legitimation der Mitglieder des Aufsichtsraths wird Dritten, sowie allen Behörden gegenüber durch ein von einem Notar auf Grund der Wahlverhandlungen auszustellendes Attest darüber, aus welchen Personen der Aufsichtsrath besteht, geführt.

§ 18.

Jedes Mitglied des Aufsichtsraths muß 25 Aktien der Gesellschaft mit den dazu gehörigen Dividendenscheinen und Talons oder den Nominalbetrag der Aktien in Kuponen, dem Aufsichtsrath genügend erscheinenden Werthpapieren nebst Kupons und Talons während der Dauer seiner Funktion als Kaution deponiren.

§ 19.

Alljährlich wählt der Aufsichtsrath aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Diese Wahl bedarf der schriftlichen Beurkundung und erfolgt in einer unmittelbar nach der ordentlichen Generalversammlung jeden Jahres stattfindenden Aufsichtsraths-Sitzung, zu welcher Sitzung eine besondere Einladung der Mitglieder des Aufsichtsraths nicht erforderlich ist.

Der Aufsichtsrath versammelt sich so oft es nöthig ist, mindestens aber alle drei Monate einmal auf Einladung seines Vorsitzenden resp. dessen Stellvertreters.

Der auf diese Weise berufene Aufsichtsrath ist bei Anwesenheit von zwei Dritttheilen seiner Mitglieder, mindestens aber von drei Mitgliedern beschlußfähig.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit giebt die Meinung des Vorsitzenden den Ausschlag.

Bei den Sitzungen des Aufsichtsraths soll der Vorstand vertreten sein. Durch die Nichtanwesenheit des Vorstandes werden jedoch die Beschlüsse des Aufsichtsraths nicht ungültig.

In dringlichen Fällen können nach dem Ermessen des Vorsitzenden Beschlüsse auch durch schriftliche Stimmabgabe eingeholt werden.

§ 20.

Der Aufsichtsrath hat alle in den Gesetzen dem Aufsichtsrathe einer Aktiengesellschaft überwiesenen Befugnisse und Obliegenheiten; insbesondere sind demselben folgende Geschäfte zugewiesen:

1. die Wahl der Direktoren und Prokuristen, der Abschluß der Dienstverträge mit den Direktionsmitgliedern, die Feststellung und Abänderung der Instruktionen und Geschäftsreglements für die Direktion und die Beamten der Gesellschaft;
2. die Genehmigung der Dienstverträge mit Beamten der Gesellschaft, welche entweder auf längere Zeit als ein Jahr abgeschlossen werden, oder ein Jahresgehalt von 1800 Mk. und darüber feststellen;
3. die Errichtung von Zweigniederlassungen und Agenturen der Gesellschaft;
4. der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien;
5. der Erwerb, die Veräußerung, sowie die Verpfändung und Löschung von hypothekarisch eingetragenen Rechten;
6. die Kontrahierung von eigentlichen Anleihen;
7. die Prüfung der Jahresrechnungen, der Bilanzen und der Vorschläge zur Gewinnvertheilung;
8. die Kontrolle der Geschäftsführung des Vorstandes, die Befugniß, durch den Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied Einsicht von den Büchern und allen Skripturen und Verwaltungsgegenständen der Direktion zu nehmen und Revisionen abzuhalten;
9. die Vorberathung aller Vorlagen für die Generalversammlung und die Ueberwachung der Ausführung der Beschlüsse derselben.

§ 21.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths können die Ausübung ihrer Obliegenheiten nicht anderen Personen übertragen.

§ 22.

Ergiebt sich bei einer von dem Aufsichtsrathe vorzunehmenden Wahl keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl zwischen den Personen statt, welchen die meisten Stimmen zu gefallen sind und es wird in diesem Falle die doppelte Zahl der zu Wählenden in die engere Wahl gebracht. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos.

Ueber alle Sitzungsverhandlungen des Aufsichtsraths wird ein Protokoll geführt, welches von dem Vorsitzenden und wenigstens noch einem anderen anwesenden Mitgliede unterzeichnet werden soll.

§ 23.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths beziehen außer dem Ersatz ihrer etwaigen Auslagen in Erfüllung ihres Berufs eine auf Handlungsunkosten zu verbuchende Vergütung von zusammen jährlich Siebentausend Zweihundert Mark und außerdem eine Tantieme vom Reingewinn nach Maßgabe des § 36 des Statuts. Ueber die Vertheilung der Bezüge unter die einzelnen Mitglieder beschließt der Aufsichtsrath.

Titel V.

Generalversammlung.

§ 24.

Die Gesamtheit der Aktionäre wird durch die Generalversammlung vertreten. Zur Stimmabgabe in der Generalversammlung sind jedoch nur solche Aktionäre berechtigt, welche spätestens am dritten Werktag vor der Generalversammlung ihre Aktien oder den Depotschein eines deutschen Notars bei der Gesellschaft oder den sonst hierzu bestimmten Stellen hinterlegt haben.

§ 25.

Je fünf Aktien geben das Recht auf eine Stimme, so daß derjenige, welcher keine fünf Aktien besitzt, zur Stimmabgabe in der Generalversammlung nicht berechtigt ist.

§ 26.

Abwesende Aktionäre können sich in der Generalversammlung nur durch andere Aktionäre auf Grund schriftlicher Vollmachten vertreten lassen. Die Vollmachten bleiben in Verwahrung der Gesellschaft.

Pflegebefohlene, Ehefrauen und juristische Personen, Handlungshäuser und Gesellschaften werden durch ihre gesetzlichen Repräsentanten vertreten, auch wenn letztere persönlich nicht Aktionäre sind.

§ 27.

Die ordentliche Generalversammlung tritt regelmäßig in der ersten Hälfte eines jeden Jahres in Breslau zusammen und wird durch den Aufsichtsrath oder den Vorstand berufen.

Außerordentliche Generalversammlungen können so oft durch den Aufsichtsrath oder den Vorstand eben dahin berufen werden, als es die Geschäfte erfordern.

§ 28.

Eine außerordentliche Generalversammlung muß berufen werden, wenn Aktionäre, deren Antheile zusammen den zwanzigsten Theil des Grundkapitals darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zweckes und der Gründe die Berufung der Generalversammlung verlangen.

§ 29.

Die Generalversammlung wird mittelst einer Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern einberufen, welche einschließlich der im § 24 der Statuten aufgeführten dreitägigen Aktienhinterlegungsfrist mindestens drei Wochen vor dem Versammlungstermin erfolgen und die zur Verhandlung bestimmten Gegenstände enthalten soll. Im Uebrigen kommen die gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

§ 30.

Anträge müssen zur Beschlußfassung einer Generalversammlung angekündigt werden, wenn dies von Aktionären, welche den Voraussetzungen des § 28 des Statuts entsprechen, in der ebendasselbst bestimmten Art beantragt wird.

§ 31.

Der Vorstand hat für das verflossene Geschäftsjahr eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht dem Aufsichtsrath und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorzulegen. Er hat die Vorlagen mindestens zwei Wochen vor der Versammlung in dem Geschäftslokale der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszulegen.

§ 32.

Die Aktionäre, welche der Vorschrift des § 24 genügt haben, erhalten Legitimationskarten, welche auf ihren Namen lauten, die Zahl der deponirten Aktien und der darauf entfallenden Stimmen ausweisen und für die bezeichnete Person oder deren gehörig legitimirten Bevollmächtigten gelten.

§ 33.

In der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths und in dessen Verhinderung sein Stellvertreter, oder bei Verhinderung auch dieser, ein anderes Aufsichtsrathsmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung und ernennt erforderlichen Falls zwei Stimmzähler. Das von einem Notar aufzunehmende Protokoll soll nicht die Diskussionen, sondern nur die Resultate der Verhandlungen enthalten und wird von dem Vorsitzenden und wenn Stimmzähler fungirt haben, auch von diesen unterzeichnet.

Die Generalversammlung faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit, soweit nicht nach dem Gesetz oder dem Statut der Gesellschaft für bestimmte Beschlüsse eine größere Mehrheit erforderlich ist.

In der Generalversammlung ist ein Verzeichniß der erschienenen Aktionäre oder Vertreter von Aktionären mit Angabe

ihres Namens und Wohnorts, sowie des Betrages der von Jedem vertretenen Aktien aufzustellen. Das Verzeichniß ist vor der ersten Abstimmung zur Einsicht auszuliegen; es ist von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Alle Wahlen erfolgen durch geheime Abstimmung, wenn nicht einstimmig ein anderer Abstimmungsmodus beschlossen wird.

Wenn im ersten Wahlgange keine absolute Stimmenmehrheit erzielt wird, so findet die engere Wahl zwischen denjenigen Kandidaten statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben und es wird in diesem Falle die doppelte Anzahl der zu Wählenden in die engere Wahl gebracht.

Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 34.

Die Generalversammlung ist berechtigt, über alle Gesellschaftsangelegenheiten, die auf der Tagesordnung stehen, Beschlüsse zu fassen.

Insbesondere sind ihrer Beschlußfassung unterworfen:

- a. die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsraths;
- b. die Entgegennahme des Geschäftsberichts, die Genehmigung der Jahresrechnungen und die Ertheilung der Decharge;
- c. die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe neuer Aktien;
- d. die Aenderung der Statuten;
- e. die Vereinigung der Gesellschaft mit einer anderen.

Zu dem unter c aufgeführten Beschlüsse ist einfache Majorität genügend.

Eine sonstige Abänderung des Inhalts des Gesellschaftsvertrages, sowie eine Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens kann nur durch eine Mehrheit von drei Viertheilen des in der Generalversammlung vertretenen Grundkapitals beschlossen werden. Dieselbe Mehrheit ist zur Beschlußfassung erforderlich, wenn die Gesellschaft durch Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Aktiengesellschaft gegen Gewährung von Aktien der letzteren aufgelöst werden soll.

§ 35.

Der Generalversammlung steht es frei, die Genehmigung der Jahresrechnungen, sowie die Entlastung auf Grund der gemachten

Vorlage und des erstatteten Berichts des Aufsichtsraths sofort auszusprechen oder drei Revisoren zur Prüfung der Rechnungen zu wählen und dieselben zur Ertheilung der Entlastung im Namen der Generalversammlung zu ermächtigen.

Als Revisoren können jedoch keine Personen bestellt werden, welche auf irgend eine Weise an der Geschäftsführung theilnehmen.

Nach erfolgter Genehmigung der Jahresrechnungen ist die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in den Gesellschaftsblättern durch den Vorstand bekannt zu machen und zu dem Handelsregister einzureichen.

Diese Bekanntmachung muß bis zum 1. Juli des betreffenden Jahres erfolgen.

Titel VI.

Bilanz, Gewinnvertheilung, Reservefonds, Dispositionsfonds.

§ 36.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Alljährlich mit dem 31. December wird die Rechnung abgeschlossen und die Bilanz errichtet.

Für die Aufstellung der Bilanz kommen die gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

Der Reingewinn wird in folgender Art vertheilt:

- a. es werden zunächst für den Reservefonds in dem im § 37 Abs. 2 vorgesehenen Falle mindestens 5 Procent verwendet;
- b. dem Dispositionsfonds (§ 37) kann jährlich eine von der Generalversammlung zu bestimmende Summe zugeführt werden;
- c. hierauf erhalten die Aktionäre eine Dividende bis zu 4 Procent;
- d. demnächst empfängt der Aufsichtsrath als Tantieme 5 Procent von dem alsdann verbleibenden Reingewinn;
- e. von dem weiter verbleibenden Reingewinn kommen, falls der Aufsichtsrath es beschließt, bis zu 6 Procent für die Mitglieder des Vorstandes und die Gesellschaftsbeamten zur Verwendung;

- f. der Rest wird an die Aktionäre als Superdividende vertheilt, insoweit ihn die Generalversammlung nicht ganz oder theilweise anders, insbesondere auch zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden beschließt.

Die Auszahlung der Dividende und Superdividende erfolgt jährlich bis spätestens den 1. Juli.

§ 37.

Der Reservefonds, welcher höchstens ein Zehntel des Gesamtkapitals zu betragen hat, ist zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes bestimmt.

Insofern der Reservefonds zur Deckung von Bilanzverlusten in Anspruch genommen und er daher auf weniger als ein Zehntel des Gesamtkapitals reducirt wird, ist von dem jährlichen Reingewinn mindestens der zwanzigste Theil so lange in den Reservefonds einzustellen, bis derselbe den zehnten Theil des Gesamtkapitals wieder erreicht.

Der neben dem Reservefonds bestehende Dispositionsfonds hat zur Bestreitung außergewöhnlicher Ausgaben und zur Ergänzung der Dividende bis zur Höhe von fünf Procent zu dienen.

Ueber die Verwendung des Dispositionsfonds entscheidet, insoweit es sich um die Deckung außergewöhnlicher Ausgaben handelt, der Aufsichtsrath in Gemeinschaft mit dem Vorstande, insoweit es die Ergänzung der Dividende betrifft, die Generalversammlung.

Titel VII.

Auflösung der Gesellschaft.

§ 38.

Die Auflösung der Gesellschaft kann nur dann endgültig beschlossen werden, wenn der desfallige Antrag entweder von der Majorität des Aufsichtsraths oder von einer Anzahl von Aktionären, die zusammen ein Viertel des Aktienkapitals repräsentiren, unter Deposition ihrer Aktien bei der Gesellschaftskasse, schriftlich bei dem Aufsichtsrathe oder dem Vorstande gestellt wird.

§ 39.

Die Auflösung kann nur in einer besonders dazu berufenen Generalversammlung durch eine Mehrheit von drei Vierteln des in der Generalversammlung vertretenen Grundkapitals beschlossen werden.

Bei der Beschlußfassung über den Antrag auf Auflösung giebt der Besitz je einer Aktie der Gesellschaft eine Stimme.

Die in der Generalversammlung erschienenen Aktionäre müssen jedoch wenigstens die Hälfte des Aktienkapitals repräsentiren.

Ist in der Generalversammlung die Hälfte des Aktienkapitals nicht vertreten und die Generalversammlung dieserhalb nicht beschlußfähig, so hat, wenn der Antrag auf Auflösung der Gesellschaft vom Aufsichtsrath gestellt war, eine zweite Generalversammlung innerhalb dreier Monate nach der ersten stattfinden, welche ohne Rücksicht auf das in dieser Generalversammlung vertretene Aktienkapital beschlußfähig ist. In der Einberufung dieser zweiten Generalversammlung muß hierauf hingewiesen werden.

§ 40.

Diejenige Versammlung, welche die Auflösung der Gesellschaft beschließt, hat gleichzeitig die Liquidatoren zu ernennen.

Der Aufsichtsrath setzt die den Liquidatoren zu gewährende Vergütung fest.

Breslau, den 5. December 1899.

Statut

der

Schlesischen Immobilien=
Aktien-Gesellschaft.



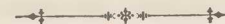
Druck von Leopold Freund, Breslau.

Statut

der

Schlesischen Immobilien- Aktien-Gesellschaft.

Nach den Beschlüssen der Generalversammlung
vom 28. März 1900.



Breslau.

Druck von Leopold Freund.



Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Unter der Firma

Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft

ist eine Gesellschaft gegründet, welche ihren Sitz in Breslau hat und Zweigniederlassungen, Kommanditen und Agenturen im Inlande errichten darf.

§ 2.

Den Zweck der Gesellschaft bildet:

- a. der Betrieb von Geschäften, deren Gegenstand der Kauf, Verkauf, die Bebauung und Beleihung von Grundstücken und anderen Immobilien ist,
- b. die Uebernahme der Anlage neuer Straßen, Plätze, Promenaden und Stadttheile,
- c. die Uebernahme von Bauwerken, welche sich bei der Anlage neuer Straßen, Plätze, Promenaden und Stadttheile als nothwendig und nützlich zeigen, namentlich die Anlage von Kanälen, Wasser- und Gasleitungen, Brunnen und Beleuchtungen, von Pflasterung, Chaussirung und Bepflanzung von Straßen und Plätzen,
- d. die Ertheilung von Vorschüssen an die Unternehmer solcher Anlagen, wie sub c angegeben,
- e. der Erwerb und die Herstellung von Baumaterial jeder Art, der Erwerb und Betrieb von Anstalten zur Herstellung von Baumaterial.

Die Gesellschaft ist auch berechtigt, sich bei Unternehmungen der geschilderten Art, wenn dieselben von anderen Personen